

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

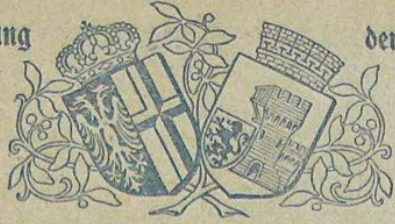
Telephon Nr. 57.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, ferner die landwirtschaftliche Beilage „Rhein-Bauernfreund“ und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —



Interessanten finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Seite, für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbelen an die Expedition bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncenannahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 400.

Redaktion Joh. Grunau.

Samstag, 1. August 1914. (Petri Stettenseier, 7 Markt.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß

41. Jahrgang.

Sonder-Ausgabe.

Außerordentliche Stadtverordnetenversammlung.

Neuß, 1. August.

Um 11 Uhr heute Vormittag fand im Rathhause unter dem Vorstehe des Herrn Oberbürgermeister G i e l e n eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt.

Vorsitzender: Er habe das Kollegium in einer feierlich-ernsten Stunde zusammenberufen. Er brauche sich nicht weiter über die politische Lage zu verbreiten, die außerordentlich ernst sei. Er wisse nur hin auf die markige Ansprache Se. Majestät des Kaisers, der ja unter anderem betont habe, daß, wenn die Bemühungen, den Frieden zu erhalten, vergeblich sein sollten, Deutschland das Schwert so führen werde, daß es daselbe mit Ehren wieder in die Scheide stecken könne.

Wir sind alle bereit, dem Vaterlande gegenüber unsere Pflicht zu erfüllen, ob wir nun zu den Fahnen einberufen werden, oder in der Heimat die Ordnung aufrecht erhalten müssen und für die Zivilbevölkerung sorgen sollen. Dieser letzte Punkt soll heute das Kollegium beschäftigen. Er bitte, der Verwaltung einen Kredit bis zu 100 000 M zu bewilligen, um Lebensmittel zu beschaffen und zu verkaufen, falls solches notwendig werden sollte. Es werde niemandem entgangen sein, daß in den letzten Tagen auch hier eine Preistreibe in den notwendigsten Lebensmitteln eingeleitet habe, die durch nichts gerechtfertigt sei. Wir stehen in Deutschland vor einer sehr guten Ernte, besonders auch in Kartoffeln. Trotzdem sind für die Lebensmittel auf dem Wochenmarkt ganz unerhörte Preise verlangt worden. Er habe heute morgen den Vorverkauf auf den Straßen verboten lassen. Auf dem Markte habe, wie er selbst festgestellt habe, der Becher Kartoffeln — 6 Pfund — heute morgen um 5 Uhr 28 bis 30 Pfg. gekostet. Durch Anläufe sei der Preis aber auf 40 bis 50 Pfg. später gesteigert worden. Dagegen sei er vorläufig machtlos gewesen. Aber auch in einzelnen Geschäften habe man geradezu wucherische Preise für notwendige Lebensmittel verlangt, so für Salz, das höchstens 10 Pfg. in Einkauf mit Steuer koste, 30—40 Pfg. das Pfund. Die Stadtverwaltung löse einem solchen Treiben nicht ruhig zusehen. So richte er an alle Beteiligten das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß solche unpatriotische wucherische Preistreibe eingestellt werde.

Somit sei zu gewärtigen, daß der kommandierende General auch hier, wie anderwärts, zwangsweise die Preise festsetze. Er hoffe und nehme zu Ehren unserer Geschäftswelt an, daß sie es dazu nicht kommen lassen werde.

Stadtverordneter Grunau: Er begrüße die Maßnahmen der Verwaltung, die gewiß aller Beifall hätten; er bitte aber ungesäumt die nötigen Maßnahmen zu treffen. Vielleicht empfehle sich auch wie in Köln ein Aufruf an die Bürgerschaft.

Vorsitzender: Das werde durch den Bericht über die Sitzung wohl überflüssig werden. Er betone, daß die Gewerbetreibenden in ihrem Verdienst nicht geschädigt werden sollten, auch die Landleute nicht, aber bei diesen Preistreiberien handele es sich um unverdienten Gewinn.

Stadtverordneter Derstappen: Die Maßnahmen der Verwaltung seien gewiß nur freudig zu begrüßen. Die Preistreiberien seien aber auch durch die überflüssigen großen Einkäufe der besser gestellten Leute herbeigeführt worden.

Vorsitzender: Es handele sich nicht um einen Mangel an Waren; Kartoffeln und Gemüse z. B. seien in Ueberschuß vorhanden. Mehltagel habe man in Neuß wie in keiner andern Stadt. So habe eine Mühle allein 10 000 Sack.

Eine andere Sache müsse er noch zur Sprache bringen, nämlich, daß manche Geschäftsleute sich weigern, Papier in Zahlung zu nehmen. Banknoten seien ein gesetzliches Zahlungsmittel, zu dessen Annahme jeder verpflichtet sei. Auch die 50- und 20-Markcheine seien gesetzliche Zahlungsmittel, wer sie nicht annehme, begebe sich in Gefahr, daß er in Verzugs komme. Augenblicklich mache sich ein Mangel an kleinem Metallgeld ja bemerkbar, der aber vorübergehend sein werde. Die kleinen Leute hielten ihr Metallgeld alle möglichst fest.

In den nächsten Tagen werde sich das ändern. Allerdings werde in der nächsten Zeit damit gerechnet werden müssen, daß wir wenig Gold zu sehen bekommen, weil die Reichsbank gewisse Bestände in Gold haben müsse. Davan liege aber gar nichts, die Banknoten hätten denselben Wert, alle Kassen nehmen sie in Zahlung. Wenn auf der Städtischen Straßenbahn ein Schaffner einen Zehnmarktschein zurückgewiesen habe, so habe das seinen Grund darin gehabt, daß der Mann schon 5 bis 6 Mal auf einen solchen herausgegeben habe

und kein kleines Geld mehr hatte. Die Kassen nehmen alle Papiergeld an.

Stadtverordneter Joseph Josten: Die Straßenbahnschaffner könnten allerdings das Papiergeld nicht wechseln. Der Fahrpreis könne abgezählt verlangt werden. Er habe gesehen, daß Zahlung in kleinem Geld verweigert worden sei, als der Schaffner keinen Zehnmarktschein annehmen konnte. Das gehe nicht an.

Vorsitzender: Er werde eine entsprechende Verfügung erlassen.

Stadtverordneter Schmitz: Er bitte auch die Verjüngung der Hinterbliebenen und der Arbeitslosen in Erwägung zu ziehen.

Vorsitzender: Er bitte heute beim Gegenstand der Tagesordnung zu bleiben.

Stadtverordneter Giesen: Den kleinen Geschäftsleuten sei kein Vorwurf zu machen, daß sie nicht ausschließlich Papiergeld annehmen wollten, wenn die Städtische Verwaltung dies nicht einmal tun wolle, sie könnten einfach nicht mehr wechseln. Er habe gestern keine 3 Mark an Silbergeld mehr gehabt.

Die Verwaltungen mühten sorgen, daß mehr bares Geld unter die Leute käme. Bei ihm habe jemand sogar ein Pfund Blutwurst mit einem Hundemarktschein bezahlen wollen. Wenn die Geschäftsleute kein kleines Geld einnehmen, könnten sie nicht wechseln. Die Mische müsse von den Verwaltungen und den großen Betrieben kommen, indem diese die Leute mit kleinem Geld mehr bezahlten.

Vorsitzender: Die Verwaltung habe fast nur Papier.

Stadtverordneter Breuer: Er glaube, die beklagten Mißstände seien auch auf übertriebene Angst zurückzuführen, die ansteckend wirke, das werde sich nach der nötigen Aufklärung bald geben.

Vorsitzender: Er glaube nicht, daß es Angst sei, in allen Schichten habe man keine Angst in ganz Deutschland, aber übertriebene Vorsicht werde es sein. Daß man Vertrauen zu den öffentlichen Einrichtungen und auch zu unseren Sparkassen habe, gehe daraus hervor, daß seit dem 27. Juli bei der Städtischen Sparkasse in 1303 Posten 425 000 M abgehoben worden seien, aber in 230 Posten auch 178 000 M neu eingezahlt worden seien. Heute morgen allein in 31 Posten 72 000 M. Diese Zahlen bekunden ein erfreuliches Vertrauen zu den amtlichen Stellen. Die Städtische Sparkasse sei auch in unruhiger Zeit der sicherste Ort für Spareinlagen.

Stadtverordneter Breuer: Er habe auch im Sinne des Herrn Oberbürgermeisters die Angst als übertriebene Vorsicht gemeint. Die Leute fürchteten, daß sie für Papiergeld nichts bekommen.

Vorsitzender: Der Wert des deutschen Papiergeldes sei der gleiche wie der der Goldmünzen. Papiergeld nur mit Aufgeld anzunehmen, wie es schon geschehen sein soll, sei geradezu ein Verbrechen.

Stadtverordneter Koppenburg: Die Geschäftsleute hätten vielfach gar kein Metallgeld mehr gehabt, er habe soweit als möglich gewechselt, aber schließlich selbst nur Papier gehabt. Wie es gemacht werde, zeige ein Fall, wo ein Bauer ihm 30 Zentner Kartoffeln zu 4,50 M verkauft habe, als er sie ablieferte, habe der Mann 6,50 M per Zentner verlangt.

Vorsitzender: Er hoffe, daß diese Ansprache zur Beseitigung der Mißstände bei ungerechtfertigten Preissteigerungen und des Geldverkehrs beitragen würden. Wie in ganz Deutschland sehe man auch hier in allen Schichten der Bevölkerung mit Zuversicht in die Zukunft, da wir die Geschichte unseres Vaterlandes in sicherer Hand unseres Kaisers wissen. (Allseitiges Bravo.)

Der Antrag auf Bewilligung von 100 000 M zur eventuellen Beseitigung von Mißständen bei Preissteigerungen von Lebensmitteln wurde einstimmig angenommen.

In weiteren Verlaufe erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung einverstanden, daß der Stadtausschuß eine höhere Normierung der Unterstützungslage für die Angehörigen der einberufenen Mannschaften festsetze, als sie durch das bezügliche Gesetz vom 28. Februar 1888 vorgelesen sind.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 1. August.

Die höheren Schulen, Kgl. Gymnasium, Städtische Oberrealschule und Lyzeum Marienberg haben heute schon geschlossen und die Schüler in die Herbstferien geschickt.

Paris, 1. Aug. Der sozialistische Abgeordnete und Führer Faures ist gestern abend in einem Caffee erschossen worden.